

Ressort: Politik

Ramsauer setzt sich für Fracking ein

Berlin, 30.03.2014, 01:00 Uhr

GDN - Als Konsequenz aus der Krim-Krise hat sich der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Peter Ramsauer, für die umstrittene Schiefergasförderung in Deutschland ausgesprochen. Um Versorgungssicherheit und Preisstabilität zu gewährleisten, müsse sich Deutschland "die Fracking-Option dringend offenhalten", sagte der stellvertretende CSU-Chef der "Welt am Sonntag".

Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) jetzt auf Gasimporte aus Nordamerika setze, sei das "ein klares Ja zur Schiefergasförderung". Dann aber stelle sich die Frage, "warum wir nicht gleich auf heimische Ressourcen setzen", sagte Ramsauer. "Wenn Schiefergas Gift wäre, dürfte man es auch nicht aus anderen Ländern beziehen." Merkel hatte sich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem kanadischen Premierminister Stephen Harper dafür ausgesprochen, die gesamte Energiepolitik neu zu betrachten. Ramsauer ließ erkennen, dass er um die Gaslieferungen aus Russland fürchtet, sollte sich die Krim-Krise verschärfen. Wenn man dem Kreml mit Wirtschaftssanktionen drohe, "kann man nicht ausschließen, dass Moskau sich beim Erdgas revanchiert". Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen (CDU), sieht neben der deutschen Energiepolitik die Zusammenarbeit mit den USA als Chance, die Abhängigkeit von Russland zu verringern. Der frühere Umweltminister rief dazu auf, den Energiebezug "durch Flüssiggaslieferungen zu diversifizieren". Röttgen erinnerte daran, dass die Schiefergasförderung die Wettbewerbsfähigkeit der Vereinigten Staaten gestärkt habe. FDP-Chef Christian Lindner forderte "eine strategische Inventur" der deutschen Energiepolitik, "um die einseitige Fixierung auf den Klimaschutz" zu beenden. Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit seien gleichwertige Ziele. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz müsse aufgehoben werden, damit es nicht weiter Dauersubventionen gebe. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) dürfe "nicht weiter beinahe tatenlos zusehen", wie deutsche Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren drohten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-32336/ramsauer-setzt-sich-fuer-fracking-ein.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619